

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburgische Volkszeitung 1919

191 (20.8.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-84103](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-84103)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Bestandte Zeitung, Danner Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 4.62 Mark, zweimonatlich 2.80 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.08 Mark; einmonatlich 1.40 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.54 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Kettelweite 1.00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme heißt jedes Reklamationsrecht aus.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Beschädigung in unverschuldeten Fällen oder deren anderer Vorkommnisse haben der Verlag und Verleger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint.
Nr. 191. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5, Postfach-Konto: Hannover 1908. **Freitag, Mittwoch, 20. August 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Borelmann, Achternstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

Demokraten und Reichsfinanzministerium.

Aus ihrem Vorkreife wird der Germania geschrieben:

Wer in letzter Zeit (hier in Hamburg) die demokratische Presse verfolgte, konnte recht merkwürdige Beobachtungen machen. Als die demokratische Partei, anlässlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages aus dem Regierungsbund ausstieg, ohne dieses Ausstiegs sonders tief zu begründen, da war wohl zu vermuten, daß sich die Demokraten zur Opposition schlagen und die beiden Regierungsparteien beim Volke verdächtigen würden. Doch die Herren waren vorsichtig. Anfangs blieb alles ruhig, bis dann der Kampf gegen Erzberger einleiste, an dem sich auch die demokratische Presse beteiligte, zunächst verdeckt, bald jedoch ziemlich unverblümt. Die größte Wut entfaltete sich aber, als Erzberger mit dem Reichsnotopfer und der Abstempelung der Wertpapiere zwecks gründlicher Ersparnis aus dem beweglichen Vermögen hervortrat. Beunruhigende Nachrichten aus dem Auslande über angebliches starkes Sinken des deutschen Geldwertes wegen der Erzbergerischen Maßnahmen wurden im Fortdruick wiedergegeben und gegen Erzbergers Pläne erhebliche Stimmung gemacht.

Unaufrichtig muß man sich fragen, warum eine demokratische, eine Volkspartei, sich so entschieden gegen die Ersparnis des Kapitals sträubt, und man wird daran erinnert, daß ja die Demokraten des neuen Reiches aus den Reihen des Freiiums, des alten, hervorgegangen sind, jener Kreise, die von jeher großes Geheiß erhoben, wenn sie, z. B. durch Wertschwund, einmal betroffen wurden. Jetzt verliert man auch, warum die demokratische Partei so sehr auf den Scheitern des Reichsfinanzministeriums verweisen ist: um eben das Reichsnotopfer zu mildern. Warum ging der demokratische Herr Schiffer so plötzlich? Weil er vermutlich dabei auf erheblichen Widerstand stieß, und da sein Nachfolger, der demokratische Herr Dernburg, damit auch kein Glück hatte, so sah die demokratische Partei vermutlich die Unterzeichnung des Friedensvertrages als willkommene Gelegenheit an, sich von der Regierung zu drücken. Inzwischen ist ja auch nach Zeitungsmedien die Abstempelung der Wertpapiere wegen angeblicher technischer Schwierigkeiten fallen gelassen worden sein. Sollte nicht vielleicht die demokratische Partei mit scharfem Kampfe droht haben? Warum plötzlich das Werben Dr. Davids um die Demokraten? Es spielen sich jedenfalls hinter den politischen Kulissen Dinge ab, die dem Volke nicht verborgen bleiben dürfen.

Daß die Demokratische Partei ihre Hoffnungen nicht aufgegeben hat, beweist am besten der Leitartikel: „Klärung“ der Nr. 405 der „N. Hamb. Ztg.“ vom 11. August 1919, worin es wörtlich heißt:

„Bei dem Versuch, den eigentlichen Kern und den geschichtlichen Sinn der noch immer fortgesetzten „Enthüllungen“ herauszufinden, muß zunächst zugegeben werden, daß der Reichsfinanzminister die heftigen Angriffe gegen seine persönliche Integrität (wie übrigens noch immer fortgesetzt werden) mit einer Geheiß abgetan hat, die jedenfalls in anderen Zeiten nicht als ausreichend anerkannt worden wäre. Das „Vertrauensvotum“ der Nationalversammlung ist denn auch im Grunde nur ein abgeklärtes Vertrauensvotum gemein und hat sich keineswegs, wie die „D. A. Z.“ behaupten wollen, und auf die Person, nicht nur auf das System, erstreckt. Und wenn jetzt wirklich der namengebende Minister David besonders warm empfohlene Wiederertritt der Demokraten in die Regierung in Frage kommen sollte, so wäre vielleicht doch zu erörtern, ob unter den neu zu besetzenden Ministern sich nicht auch — das Reichsfinanzministerium finden sollte. Die ungewöhnliche Aktion, mit der die Reichsleitung Dämme gegen den Ver-

Die bedrohte Lage in Oberschlesien dauert an.

WTB Katowitz, 17. Aug. In der Nacht vom 16. zum 17. August haben polnische Banden im Kreise Pleß durch einen Putsch die Gewalt an sich zu reißen und das Militär zu entzweifeln versucht. An den meisten Stellen ist der Versuch mißlungen und die Truppen sind Herr der Lage geblieben, so in Pleß, wo ein Teil der Angreifer außer Gefecht gesetzt und ein anderer Teil verhaftet wurde. Ebenso blieben Angriffe auf unsere Feldmägen im südlichen Teile Oberschlesiens erfolglos.

WTB Berlin, 18. Aug. Auf Anträge beim Reichsministerium erklärt der R. L. über die augenblickliche Lage in Oberschlesien folgendes: Kleine Vorhöfe der Injuranten werden hier und dort noch pariert, sonst sind die Angriffe zurückgeschlagen. Das Generalkommando in Breslau erwartet auch weiterhin, Herr der Lage zu bleiben. Seit heute früh 4 Uhr sind alle Gruben militärisch besetzt, um Sabotage zu verhindern. Die Nachricht vom Eingreifen polnischer Regularer bestätigt sich nicht. Bei Neu-Berlin sind 100 polnische Regularer über die Grenze gegangen und haben sich mit den Injuranten vereinigt. Dem Generalkommando des 6. Armee Korps weiter vorliegende Nachrichten lassen erkennen, daß die Mitwirkung weiterer polnischer Regularer, und zwar von Hallertruppen, vorgezogen war oder noch ist.

WTB Breslau, 18. Aug. Von Seiten des kommandierenden Generals des 6. Armee Korps und des Staatskommissars für Schlesien und Westpolen wurde heute der verschärfte Belagerungszustand über den Regierungsbezirk Oppeln mit Ausnahme der Kreise Leobschütz, Neustadt, Neisse, Grodtau und Falkenberg erklärt. Die Verordnung enthält das Verbot des Streiks, alle Streikenden und von der Arbeit durch Zwang ferngehaltenen Personen haben sich sofort auf ihre Arbeitsstelle zu begeben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

WTB Berlin, 19. Aug. (Draht). Die Lage in Oberschlesien scheint, wie die Blätter übereinstimmend sagen, im Hinblick auf die Verbindung der Vorgänge mit dem polnischen Roharbeiterstreik bedrohlich zu werden. Obwohl nummehr der Arbeitszwang eingeführt ist, greift der Streik immer weiter um sich. Daß die iparatischen Elemente, welche den Streik inzentrieren und weiter führen, in Verbindung mit den Polen geraten sind, steht fest. Verschärfend für die allgemeine Lage kommt, wie die Kreuzztg. schreibt, noch hinzu, daß die Breslauer Eisenbahnen mit neuen Forderungen an die Regierung herantreten sind, und bei Ablehnung der Forderungen mit einer großen Aktion drohen.

WTB Wien, 17. Aug. Von unterrichteter Seite wird die Meldung über das Schreiben des Erzherzogs Karl an Erzherzog Josef demontiert. Diefem sehr begreiflichen Dementi gegenüber stellt der Korrespondent des B. L. fest, daß die Nachricht von einer Seite stammt, deren Zuverlässigkeit auch durch das offiziöse Dementi nicht berührt werden kann.

WTB Wien, 18. Aug. Von unterrichteter zuverlässiger Seite erfährt der Korrespondent des „B. Ztg.“, daß auch Graf Julius Andrássy sich vorgestern nach Budapest begab, beabsichtigt, den Erzherzog Josef von der Stellungnahme des Erzherzogs Karl zu der gegenwärtigen Lage zu unterrichten. Die Auffassung des Königs und seiner Ratgeber geht dahin, daß zunächst an die Rechtslage, wie sie am 26. Okt. 1918 bestanden hat, wieder angeknüpft werden soll. An diesem Tage ist Erzherzog Josef mit der Mission des homo regius betraut worden, um eine Entwarnung in Ungarn herbeizuführen. Der Standpunkt König Karls wird von Alexander Werker, der bekanntlich der letzte Ministerpräsident des Königreiches Ungarn war, geleitet.

WTB Paris, 16. Aug. Laut „Temps“ hat die tschechische Delegation der Konferenz eine

leumdungsfeldzug kontra Erzberger hat aufzurichten wollen, kann an diesem Eindruck nichts ändern.“

Aus diesem Absatz spricht der persönliche Haß gegen Erzberger und das Bestreben, ihn in Versuchung zu bringen, ihn zu stürzen und den Ministerstuhl zurückzuerobern. Sucht die demokratische Partei in der Steuerreform einen Kuhhandel anzufangen, um — das Unglück vom eigenen Geldbeutel abzuwenden?

Reichsgerichtsrat Burlage über die Zentrums politik.

Das Zentrum steht geschlossen da. Man glaube nur ja nicht, daß die eifrigen Bemühungen der rechtsstehenden Presse, Zweitrakt zu jagen, Erfolg haben werden. Alle Erklärungen und Deutungen können nicht darüber hinweg täuschen, daß die Friedensmission des Reichsgerichtsrat Burlage, den man in Lande hat, daß hinter den Treibereien gegen Erzberger mächtige Kreise des Großkapitalismus stehen, wird hier zur Gewißheit. Das Schuldfomponist entspricht nicht allen unteren Wünschen, aber daß es überhaupt zustande gekommen ist, darum hat auch, wie von den verschiedensten Seiten bestätigt wurde, unser Vertreter in Weimar, Herr Abg. Reichsgerichtsrat Burlage sich große Verdienste erworben. Herr Abg. Burlage empfangen den Hauptgeschäftsführer der „Sächsischen Volksztg.“ zu einer längeren Unterredung und ermächtigte ihn, aus seinen Ausführungen folgendes wiederzugeben:

Wir Abgeordneten der Zentrums partei, so erklärte Herr Reichsgerichtsrat Burlage, empfinden es im höchsten Maße bedauerlich, daß wir in Weimar durch die wichtigsten Geschäfte, bei denen es sich oft um Sein oder Nichtsein des Reiches handelt, festgehalten werden und nicht, wie wir es dringlichst wünschen, wenigstens in jedem Monat vor unsere Wähler treten können. Hierdurch entsteht die Gefahr, daß sich Mißverständnisse zwischen Wählerschaft und Fraktion einschleichen. Hoffentlich erhalten wir in den nächsten Wochen eine kurze Atempause, die wir dazu benutzen können, wenigstens einige Veranlassungen im Lande abzuhalten. Inzwischen dürfen wir aber doch das Vertrauen in unsere Wählerschaft setzen, daß sie sich durch die geradezu wilde Hege in den beschnittenen Blättern nicht irre machen läßt. Man möge überall zusehen, welche Aufgaben gebracht werden und was von diesen Aufgaben auch nur irgendwie glaubhaft gemacht wird. Ich kann nur sagen, wir freuen uns darauf, einmal in offener Feldschlacht vor unseren Wählern die ganze Zeit dem 6. Februar von der Zentrumsfraktion verfolgte Politik darlegen zu können. Es wird sich dann zeigen, daß die Fraktion bei allen großen Fragen im Interesse des Vaterlandes gehandelt hat und sich niemals weder durch Zumutungen von links noch durch Zumutungen von rechts hat irre machen lassen. Die Grundsätze des Christentums sind nach wie vor die feste Grundlage der Zentrums politik. Unter Festhaltung dieser Grundsätze muß sich unser neues demokratisches und soziales Staatswesen aufbauen.“

Herr Abg. Burlage gab dann noch seiner Freude darüber Ausdruck, daß an so vielen Orten in letzter Zeit in Sachen Zentrumsversammlungen abgehalten wurden, in denen die unverbrüchliche Treue zur Partei zum Ausdruck gekommen ist. Es möge unermüdlich weiter gearbeitet werden. Auch die Zentrums partei wird einen Neuaufbau ihrer Organisation vollziehen. Darüber schweben gerade jetzt in der Zentrumsfraktion wichtige Verhandlungen, von denen man schon heute sagen kann, daß sie, und zwar schon bald, einen erheblichen Abschluß finden werden. Noch für den Herbst ist dann ein allgemeiner Zentrums parteitag in Aussicht genommen.

Die bedrohte Lage in Oberschlesien dauert an.

WTB Katowitz, 17. Aug. In der Nacht vom 16. zum 17. August haben polnische Banden im Kreise Pleß durch einen Putsch die Gewalt an sich zu reißen und das Militär zu entzweifeln versucht. An den meisten Stellen ist der Versuch mißlungen und die Truppen sind Herr der Lage geblieben, so in Pleß, wo ein Teil der Angreifer außer Gefecht gesetzt und ein anderer Teil verhaftet wurde. Ebenso blieben Angriffe auf unsere Feldmägen im südlichen Teile Oberschlesiens erfolglos.

WTB Berlin, 18. Aug. Auf Anträge beim Reichsministerium erklärt der R. L. über die augenblickliche Lage in Oberschlesien folgendes: Kleine Vorhöfe der Injuranten werden hier und dort noch pariert, sonst sind die Angriffe zurückgeschlagen. Das Generalkommando in Breslau erwartet auch weiterhin, Herr der Lage zu bleiben. Seit heute früh 4 Uhr sind alle Gruben militärisch besetzt, um Sabotage zu verhindern. Die Nachricht vom Eingreifen polnischer Regularer bestätigt sich nicht. Bei Neu-Berlin sind 100 polnische Regularer über die Grenze gegangen und haben sich mit den Injuranten vereinigt. Dem Generalkommando des 6. Armee Korps weiter vorliegende Nachrichten lassen erkennen, daß die Mitwirkung weiterer polnischer Regularer, und zwar von Hallertruppen, vorgezogen war oder noch ist.

WTB Breslau, 18. Aug. Von Seiten des kommandierenden Generals des 6. Armee Korps und des Staatskommissars für Schlesien und Westpolen wurde heute der verschärfte Belagerungszustand über den Regierungsbezirk Oppeln mit Ausnahme der Kreise Leobschütz, Neustadt, Neisse, Grodtau und Falkenberg erklärt. Die Verordnung enthält das Verbot des Streiks, alle Streikenden und von der Arbeit durch Zwang ferngehaltenen Personen haben sich sofort auf ihre Arbeitsstelle zu begeben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

WTB Berlin, 19. Aug. (Draht). Die Lage in Oberschlesien scheint, wie die Blätter übereinstimmend sagen, im Hinblick auf die Verbindung der Vorgänge mit dem polnischen Roharbeiterstreik bedrohlich zu werden. Obwohl nummehr der Arbeitszwang eingeführt ist, greift der Streik immer weiter um sich. Daß die iparatischen Elemente, welche den Streik inzentrieren und weiter führen, in Verbindung mit den Polen geraten sind, steht fest. Verschärfend für die allgemeine Lage kommt, wie die Kreuzztg. schreibt, noch hinzu, daß die Breslauer Eisenbahnen mit neuen Forderungen an die Regierung herantreten sind, und bei Ablehnung der Forderungen mit einer großen Aktion drohen.

Zur Lage in Ungarn.

WTB Wien, 17. Aug. Von unterrichteter Seite wird die Meldung über das Schreiben des Erzherzogs Karl an Erzherzog Josef demontiert. Diefem sehr begreiflichen Dementi gegenüber stellt der Korrespondent des B. L. fest, daß die Nachricht von einer Seite stammt, deren Zuverlässigkeit auch durch das offiziöse Dementi nicht berührt werden kann.

WTB Wien, 18. Aug. Von unterrichteter zuverlässiger Seite erfährt der Korrespondent des „B. Ztg.“, daß auch Graf Julius Andrássy sich vorgestern nach Budapest begab, beabsichtigt, den Erzherzog Josef von der Stellungnahme des Erzherzogs Karl zu der gegenwärtigen Lage zu unterrichten. Die Auffassung des Königs und seiner Ratgeber geht dahin, daß zunächst an die Rechtslage, wie sie am 26. Okt. 1918 bestanden hat, wieder angeknüpft werden soll. An diesem Tage ist Erzherzog Josef mit der Mission des homo regius betraut worden, um eine Entwarnung in Ungarn herbeizuführen. Der Standpunkt König Karls wird von Alexander Werker, der bekanntlich der letzte Ministerpräsident des Königreiches Ungarn war, geleitet.

WTB Paris, 16. Aug. Laut „Temps“ hat die tschechische Delegation der Konferenz eine

Note überreicht, die von den Alliierten verlangt, die Regierung des Erzherzogs Josef nicht anzuerkennen und erklärt, daß die Rückkehr zur Dynastie Habsburg zur Macht bei den Hohenzollern Hoffnungen erwecke und für die in der Donaumonarchie entstandenen Länder eine ernste Gefahr bedeuten könnte. Die Note verlangt, daß in Ungarn eine Regierung gebildet werde, die aus demokratischen Elementen zusammengesetzt ist, Frieden und Ordnung verbringe und sobald als möglich zu allgemeinen Wahlen geschritten wird.

TU Budapest, 18. Aug. Trotz aller Ableugnungen sieht fest, daß Abgehende des Erzherzogs Karl in Budapest angekommen sind, wo ihm Prinz Ludwig Windischgrätz und Graf Berchtold den Boden zu bereiten versuchen. Bezeichnend ist, daß ein im Dienst des Barier Matin in der Schweiz tätiger Budapestener Journalist für die Wiedereinsetzung König Karls eifrig tätig ist.

Deutsch-Westungarn erklärt den Anschluß an Deutsch-Oesterreich.

TU Fürstenfeld, 18. Aug. 231 deutsche Gemeinden Westungarns haben am 16. August ihren Anschluß an Steiermark erklärt und der ungarischen Regierung, der deutsch-österreichischen Regierung und den Entente-Kommissionen davon Mitteilung gemacht mit der Ankündigung, daß sie einen Versuch, diesen unheimlichen Willen zu durchkreuzen, mit den verweigerlichen Mitteln abwenden würden, und mit der Aufforderung an den Verweser Ungarns, Erzherzog Josef, aus dem in Frage kommenden Gebiet sofort sämtliche ungarischen Behörden zurückzuziehen. Die deutsch-österreichische Regierung ist aufgefordert worden, den Sicherheitsdienst im Lande sofort zu übernehmen.

TU Wien, 18. Aug. Der Hauptauslöser der österreichischen Nationalversammlung ist zu einer Sitzung einberufen worden, die sich mit der Frage Westungarns befassen wird.

Kurze Frist zur Unterzeichnung.

TU Paris, 17. Aug. Die österreichische Delegation wird den endgültigen Text des Friedensvertrages Ende der nächsten Woche zugestellt erhalten. Es wird eine sehr kurze Frist zur Unterzeichnung eingeräumt, die in der letzten Augustwoche erfolgen soll. Eine wohlunterrichtete Persönlichkeit verfielerte privatim, daß die letzten österreichischen Vorschläge von dem Verband fast alle zurückgewiesen wurden.

Rußland.

Rückzug der Bolschewiki aus Südrussland?

WTB London, 18. Aug. Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Es wird berichtet, daß die Bolschewiki von der Besetzung aus Odessa vertrieben worden sind. Es heißt ferner, daß sie dabei sind, Kiew und die ganze Ukraine zu räumen.

Baldiger Rücktritt der Sowjetregierung?

Kopenhagen, 18. Aug. Das Schicksal der russischen Sowjetregierung ist besiegelt. In hiesigen parlamentarischen Kreisen sind auf dem Umwege über Stockholm verlässliche Nachrichten eingetroffen, nach denen Lenin mit seinen Parteigängern und den derzeitigen Mitgliedern der Sowjetregierung über deren Rücktritt berät. Die Ereignisse in Ungarn haben Lenin davon überzeugt, daß die Hoffnung auf die Weltrevolution sich niemals erfüllen werden. Er will jedoch die gewalttätige Umwälzung vermeiden und die Räterepublik durch ein zeitgemäßes „sozialdemokratisches Kabinett“ ersetzen, um dadurch einer Wiedergeburt der Reaktion, wie sie in Ungarn eingetreten ist, vorzubeugen. Der Abbau des Bolschewismus soll noch von ihm selbst ins Wert gesetzt werden, und erst nachdem geordnete Zustände eingetreten sind, soll der Regierungswechsel stattfinden. Der erbitterte Gegner des Leninschen Rücktrittsplanes ist Tschischerin, doch hat er unter den führenden Kommunisten nur sehr geringes Ansehen. Man erwartet, daß der endgültige Rücktritt der Sowjetregierung bereits im Oktober stattfinden soll.

Amerika.

Zur Lage in Mexiko.

WTB. Wien, 18. Aug. Nach einem Fünftspruch des Wiener Korrespondenz-Büros aus Rom wird aus Paris gemeldet: Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko sind gespannter denn je. Die führenden amerikanischen Zeitungen sehen einen Konflikt voraus und erklären, daß Großbritannien seine Einwilligung zur Annexion durch die Vereinigten Staaten gegeben hätte.

WTB. Amsterdam, 18. Aug. Das Presse-Büro „Radio“ meldet: Carranza hat, angeblich aus Mangel, daß er bisher nicht anerkannt wurde, den britischen Geschäftsträger in Mexiko, Commines, aus Mexiko ausgewiesen. „New Sun“ nennt die Handlungsweise Carranzas einen Großbritanniern angetanen Schimpf, der England veranlassen könnte, gegen Mexiko vorzugehen. „New Herald“ schreibt: Die Ausweisung Commines komme einer Deputation gleich.

Wilson drängt zur Raskifikation.

WTB. Rotterdam, 18. Aug. „N. R. C.“ meldet aus Newyork: Präsident Wilson hat durch Vermittlung Fitzhods dem Senat mitgeteilt, daß, was den Friedensvertrag betreffe, keinerlei Vorschläge oder Vorbehalte berücksichtigt werden könnten. Wenn der Vertrag abgeändert oder abgelehnt werde, müsse ein neuer Friedensvertrag geschaffen werden. Da die Großmächte und Deutschland den jetzigen Friedensvertrag angenommen hätten, so würden die Vereinigten Staaten in der Lage kommen, sich mit dem Hute in der Hand an Deutschland wenden zu müssen mit dem Ersuchen, einen Sondervertrag annehmen zu wollen. Deutschland würde aus dem Umstande, daß es allein mit den Vereinigten Staaten zu tun habe, den äußersten Nutzen ziehen. Die Vereinigten Staaten würden von der Belieferung mit deutschen Farbstoffen, die für die Kaufleute aller Nationen geregelt seien, ausgeschlossen werden. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß man einen Bericht des Senatsausschusses innerhalb 10 Tagen erhalte werde.

Verchiedene Nachrichten.

Eine trübe Prophezeiung.

Amsterdam, 17. Aug. Der Finanzkorrespondent der „Daily News“ in Holland meldet seinem Blatte, Deutschland komme in Holland als ernstlicher Handelsrival des Englands nicht in Betracht. Holland gebe Deutschland keinen Kredit. Man sei der Ansicht, daß Deutschland noch schlimmeren Zeiten entgegengehe, als es bisher durchgemacht habe. Erst wenn die Entschädigungszahlungen fällig würden, und wenn in dieser Hinsicht auf die deutsche Industrie gedrückt werde, damit die Riesenlöhner, die erforderlich sind, aufgebracht werden, werde man sehen, wie schwierig es für Deutschland sein werde, Rohstoffe anzufahren.

Deutsche Gefangene als Opfer einer Munitionsexplosion.

WTB. Bern, 19. Aug. (Drabth.) Nach einer Meldung des „Lemps“ aus Maaubege hat im Krieger Wald vorgestern eine 2. Explosion des Munitionslagers stattgefunden, der abermals 8 Kriegsgefangene zum Opfer fielen.

Generalfreist im Oberelsaß.

WTB. Mülhausen, 19. Aug. (Drabth.) In ganz Oberelsaß ist von der Arbeiterkraft auf heute der Generalfreist erklärt worden. In Mülhausen hat die Straßenbahn den Betrieb eingestellt. Am Sonnabend morgen legte auch das elektrische Licht aus. Die öffentlichen Betriebe sind durch den Zustand ebenfalls lahmgelegt.

Kleine Nachrichten.

Der Reichsernährungsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß auch das Herbstgetreide von jeder Zwangsbewirtschaftung frei bleibe.

Nach einer Telegraaf-Meldung wird die Grenze zwischen dem besetzten deutschen Gebiet und den Niederlanden in etwa 10 Tagen geöffnet werden.

Daily News zufolge hat sich die britische Regierung jetzt endgültig gegen die Verhaftung der Kohlenbergwerke entschieden.

Der französische General Grazianni wurde zum Gouverneur von Bulgarien ernannt.

Ein Einreiseverbot in das besetzte Gebiet, wie ein Berliner Blatt behauptete, steht nicht in Aussicht.

Die letzten amerikanischen Truppen, die sich noch in Frankreich befanden, sind eingeschifft worden.

Der direkte Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland und Italien ist wieder aufgenommen.

Das amerikanische Verbot der Ausfuhr von Weizen nach Europa soll nur für begrenzte Zeit Geltung haben. Man glaubt,

daß die Ausfuhr nach Europa in zwei bis drei Monaten wieder aufgenommen werden kann. Die italienische Finanzkommission soll zur Deckung eines Teiles der Kriegskosten beabsichtigen, eine bedeutende Zwangsanleihe durchzuführen.

Die Staatskanzlei Chiles hat den Beitritt zum Völkerbund demittiert.

Nach einer Ergehungslegung aus Paris soll die Gründung des Völkerbundes auf nächstes Jahr verschoben werden.

Die Pariser Friedenskonferenz wird am 25. August ihre Arbeiten auf etwa 3 Wochen unterbrechen.

Nach Mitteilungen von gutunterrichteter Seite sollen alle deutschen Kriegsgefangenen in Serbien in kurzer Zeit in die Heimat entsandt werden. Der Wlbransport aus Serbien wird voraussichtlich am 23. August beginnen.

Der gesamte Schnellzugverkehr auf der deutsch-österreichischen Staatsbahn wird am 19. August wegen Kohlenmangels eingestellt.

Zum italienischen Botschafter in Berlin wurde der bevollmächtigte Minister Giacomo de Martino bestimmt.

In Ham burg ist der norwegische Dampfer „Alfred Nobel“ aus Newyork mit 2746 Säcken amerianischer Post eingetroffen.

Die englischen Truppen in Südturkistan stehen in hartem Kampf mit den Aufständischen.

Die b a r i s c h e Regierung ist wieder von Bamberg nach München übergesiedelt.

Der drohende belgische Verkehrsstreik kommt nicht zur Durchführung.

Aus Doorn (Holland) wird gemeldet, daß der ehemalige deutsche Kaiser das Haus Doorn von der Baronin Heimstraet gekauft habe.

Die altheutsche „Deutsche Zeitung“ ist vom Reichswehrminister Koske wegen gemeinschaftlicher Heharbeit bis auf weiteres verboten worden.

Deutsches Reich.

Troß der Not der Zeit

scheint es ohne religiöse Hege in unserem lieben deutschen Vaterlande nun einmal nicht zu gehen. Troß aller Mahnungen nach Einigkeit in der gegenwärtigen Schicksalszeit gibt es immer noch Leute, die es nicht unterlassen können, mit verwerflichen Mitteln religiöse Leidenschaft zu schüren. Ein Beispiel wird uns aus dem Lesezettel der R. B. in Nr. 405 des „Hamb. Kor.“ vom 12. August geliefert. Das Blatt druckt von einem Herrn F. K. eine Zuschrift ab: Die Not der Rheinlande. Da lesen wir folgenden Satz:

„Mit Zuckerbrot und Peitsche wird versucht, unseren armen Rheinländern das Nationalgefühl auszutreiben. Ob's gelingt? Wenn alle einig zusammenstehen, dann nimmer. Aber da der katholische Klerus zum Teil unter schamhaftem Mißbrauch der Amtsgehalt die Bevölkerung in französischem Sinne zu beeinflussen sich eifrig bemüht. . . wird die treu-deutsche Gesinnung besonders am Mittelrhein mehr und mehr untergraben.“

Irgend einen Beweis für diese beleidigende Behauptung unterläßt der Schreiber. Es würde ihm auch schwer fallen, einen solchen anzuführen. Bleibt die allgemeine Verdächtigung, und sie wirkt dort oben an der Wasser-taube. Also Hege statt Verständigung!

Zur Rheinlandsfrage.

Aus Weimar wird uns geschrieben: Die Aufregung der Rheinländer über die im Art. 18 der Verfassung enthaltene zweijährige Sperrfrist ist so groß, daß sich stellenweise auch gegen die rheinischen Abgeordneten der Nationalversammlung der allerdings unbedingte Vorwurf erhebt, sie hätten bei dem Kompromiß die Rechte und Wünsche der Wähler nicht genügend vertreten. Für jeden Eingeweihten und jeden Kenner der parlamentarischen Verhältnisse ist es ohne weiteres klar, daß die Fassung des Art. 18 einen Erfolg der Verfasser des Gedankens des freien Rheinlandes im Anschluß an das Deutsche Reich darstellt. Der lokale Weg zur Erlangung der Rechte der rheinischen Bevölkerung ist vor allem damit gesichert, während dieser Weg ohne Zustimmungen des Kompromisses auf lange Zeit verbannt war. Nach allen Vorgängen in der letzten Zeit ist das Mißtrauen der Rheinländer in die preussische Regierung gerechtfertigt. Troß aller Versprechungen ist bis heute nichts geschehen, was die berechtigten Wünsche der Rheinländer befriedigt. Abgesehen von der Ernennung zweier Regierungspräsidenten (Köln und Trier) besteht der alte Zustand in vollem Umfang. Wenn wir einmal feststellen, wie viele den Rheinländern fremd gegenüberstehende Oberregierungsräte die wichtigsten Dezernate führen, wie viele Landräte ohne Fühlung und Vertrauen der Bevölkerung ungeführt weiter funktionieren, so können wir die Aufregung begreifen und müssen mit aller Entschiedenheit eine Wandlung der Berliner Methode verlangen. Die rheinischen Abge-

ordneten der preussischen Landesversammlung dürften es nicht hinnehmen, daß die Wünsche ihrer Wähler weiter ignoriert werden, wenn sie die nationale Gefahr nicht weiter anwachsen lassen wollen.

Frankreich verhindert die Rückkehr der deutschen Gefangenen.

U. Berlin, 18. Aug. Der Reichskommissar für die Kriegs- und Zivilgefangenen berichte in einer sozialdemokratischen Versammlung über die Herausgabe der Kriegsgefangenen. Bisher seien nur Verbundene und Kranke befreit worden. England hatte mit der allgemeinen Rückführung beginnen wollen, was aber Frankreich verhindert hat. Man hoffe, daß Anfang September der Friedensvertrag in Frankreich ratifiziert werde, so daß in einigen Wochen mit der Rückführung begonnen werden könnte. In Sibirien befänden sich noch 20 000 Kriegs- und 30 000 Zivilgefangene, die nur auf dem Wasserwege abtransportiert werden könnten. Am besten haben es noch die 900 Gefangenen in Italien.

„Nieuwe Courant“ zu den Weimarer Debatten.

WTB. Berlin, 16. Aug. „Nieuwe Courant“ vom 14. August abends meint, Deutschland habe jetzt mit den neuen Einrichtungen den alten Kram aufzuräumen und müsse zunächst den reaktionären Widerstand brechen; zu diesem Zwecke müsse rücksichtslos enthüllt werden.

„Maasbode“ vom 14. August abends sieht in Churchills Hinweis auf Deutschland und England als einzige dienstpflichtfreie Großmächte ein deutliches Zeichen für den Wandel der Zeiten; Deutschland werde hier neben England den großen Bölkern als Muster hingestellt.

Die Postgebührenliste.

Weimar, 18. Aug. Der Erste Ausschuß der Nationalversammlung behandelte am Freitag vergangener Woche die ihm überwiesenen drei Postgesetze. Einem Antrag gegenüber, die vorgelegene Postkartengebühren von 15 auf 12½ Pfg. herabzusetzen, erklärte der Minister, daß die Nutzungs- und Befähigungskarten in Zukunft als Drucksache befördert werden sollten, und daß infolgedessen die schlimmsten Härten der in Frage kommenden Bestimmungen gemildert werden. Anderem stellte er in Aussicht, daß die Reichspostverwaltung für Postkarten ein verbessertes Format zulassen werde, das in die Schreibmaschinen passe. Den Wünschen der Presse gegenüber verhielt sich die Regierung nicht sehr entgegenkommend. Die Verleihenungsgebühren für Verleihenungen wurden von 20 Pfg. für je 1000 Mk. Verlangung auf 40 Pfg. erhöht. Von dem mehreren Seiten geführten Wünsche auf Aufhebung der Vorortfreiheit und der Abstellung wurde maßgebliche Erfüllung zugesagt. Auch vertrappt der Minister, die telephonischen Dienstgespräche der Regierungsstellen aufs sorgfältigste überwachen zu lassen.

Ein neuer 9 Milliarden-Kredit.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen. Demnach wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, zur Befreiung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 9 Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Nochmals Erzberger und die Bank Cecil-Fürich.

Weimar, 18. Aug. Allen entgegenstehenden Meinungen gegenüber wird hieherdurch zum dritten Male festgestellt, daß Reichsfinanzminister Erzberger niemals, auch nicht als Abgeordneter, irgendwelche Beziehungen zu der Bank Cecil, Aft.-Ges. in Zürich und Luzern, unterließ und daß ihm alle Mitteilungen, die in Verbindung mit dem Namen dieser Bank angehendlich durch die Presse geben, von ihrer Verfassentlichung durch die Zeitungen vollkommen unbekannt waren.

Wochenbeihilfe.

Weimar, 18. Aug. Der Ausschuß für Sozialpolitik beschäftigte sich am Samstag voriger Woche mit einem Antrag für Wochenbeihilfe. Als Wochenbeihilfe sollen gewährt werden 50 Mk. Entbindungsgeld, Wochengeld in Höhe des Krankengeldes für die Dauer von acht Wochen, 10 Mk. Beheimungsgeld, Stillsitzgeld während zwölf Wochen. Eine Verlängerung der Termine ist zulässig. Ein Zusatzantrag, wonach bei unehelichen Kindern die Beiträge vom Rindvieh zurückgefordert werden sollen, wurde ebenfalls angenommen.

Die Unternehmung der Schuldfrage.

WTB. Weimar, 18. Aug. Der achte Ausschuß (Verfassungsanschluß) trat heute nachmittags 5 Uhr während der Plenarsitzung zur Beratung zusammen, um die Vorlage seines Interzessionsgesetzes zur Vorlage wegen Errichtung eines Staatsgerichtshofes entgegenzunehmen. Den Verhandlungen wohnten der Reichsminister des Innern Dr. David und der Staatssekretär Delbrück bei. Die Vorlage des Interzessionsgesetzes wurde einer sehr eingehenden dreistündigen Erörterung unterzogen. Die Beratungen führten schließlich zur Annahme des folgenden Antrages des Interzessionsantrages an die Nationalversammlung: Die Verfassung des Deutschen Reiches, Art. 34, alsbald einen Interzessionsausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Aufgabe hat, durch die Erhebung aller Beweise festzustellen:

I. welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges führten, seine Verlängerung veranlaßten und seinen Verlauf beeinflussten; dabei, insbesondere geübt haben, zu Friedensverhandlungen zu gelangen und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind; 3. ob in Verkehr der politischen Stellen, der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung oder deren Vertrauensmänner Treu und Glauben gebrochen worden sind; 4. ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung Maßnahmen angeordnet oder gebildet worden sind, die Verbrechen des Völkervertrages verletz haben, die über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren. Weiter hat der Verfassungsanschluß beschlossen, den Interzessionsausschuß mit der Ausarbeitung eines Gegenentwurfes wegen Errichtung eines ordentlichen Staatsgerichtshofes gemäß Art. 108 der Reichsverfassung unter Ausdehnung seiner Zuständigkeit im Sinne des Gegenentwurfes zu beauftragen. Die Reichsregierung ließ durch den Unterstaatssekretär Delbrück die ihre Zustimmung zu diesem Beschlusse erklären. Mit der Sicherstellung an die Nationalversammlung wurde der Verfassungsanschluß den Abgeordneten Dr. Ströbelemer (Soz.)

Am unsere Kriegsgefangenen.

WTB. Saag, 17. Aug. „Het Vaderland“ fragt, warum man die deutschen Kriegsgefangenen noch immer fern ihrer Heimat in Frankreich nach ihrer Befreiung schmachten lasse, wo Deutschland doch alles getan habe, was von ihm ermartet werden konnte, da es in die harten Friedensbedingungen einwilligte und guten Willen in der Ausführung bewiesen habe.

Die Notenabstempelung beschlossen.

Die Nationalversammlung hat Sonnabend den Beschluß über ergänzende Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland verabschiedet. Auf Antrag der Kommission ist darin ein neuer Paragraph aufgenommen worden. Wir geben ihn hier im Wortlaut wieder:

„Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, durch Verordnung Maßnahmen zur neuerlichen Erfassung geschäfteten oder vertriebenen Vermögens zu treffen, insbesondere auch in Abweichung von der Vorschrift des § 6 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 (Reichsgesetzblatt S. 177) den Anlauf und die Einziehung der umlaufenden Banknoten und Darlehensscheinbücheln zum Zwecke des Umlaufes anzuordnen. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. und mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit einer dieser Strafen sowie mit der Verfallenerklärung des verheimlichten Vermögens nach dem Rechte zu bedrohen.“

Der Reichsminister der Finanzen ist ferner ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektor durch Verordnung Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Banken zu erlassen und Banken, die keine Gewähr für die Annehmlichkeit dieser Vorschriften bieten, den Geschäftsbetrieb zu unterlegen. Zuwiderhandlungen gegen die im Satz 1 bezeichneten Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. und mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die auf Grund des Abs. 1 und 2 erlassenen Verordnungen bedürfen der Zustimmung eines vom Reichstag aus seiner Mitte zu wählenden Ausschusses von 10 Mitgliedern. Sie müssen aufgehoben werden, wenn es der Reichstag verlangt.“

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 18. Aug. Die deutsche Nationalversammlung eilt jetzt mit Riesenschritten dem Abschluß der Beratungen zu. Von heute an sollen täglich zwei Sitzungen abgehalten werden, wenn irgend möglich, bereits am Mittwoch in die Ferien gehen zu können. Der heutigen Sitzung lag am ersten Stelle ein Gesetzentwurf über einen Anleihekredit zur Schuldfrage vor. Von der Reden wurde der Bericht, daß dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt wurde, und es entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte, die unangenehm viel Zeit in Anspruch nahm, aber die schließlich doch nur das Ergebnis hatte, daß die Antragsteller mit ihrem Antrag abgewiesen wurden. Der Gesetzentwurf betreffend die Entschädigung der aus der Wehrmacht auscheidenden Offiziere war der nächste Gegenstand der Tagesordnung. Die Regierung gab das Versprechen ab, daß sie das Gesetz in der wohlwollendsten und warmherzigsten Weise anwenden würde. Die Rechte der trotz ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu der Vorlage im einzelnen recht viel an ihr auszusprechen. Vor allem geht ihr die Vorlage nicht weit genug in der Entschädigung, auch verlangen sie eine Entschädigung für die log. Kriegesaktivitäten. Das ganze Auftreten der Redner entspricht ihrem bisherigen Verhalten; sie suchen aus allem und jedem für ihre Agitationszwecke Kapital zu schlagen. Das hat ihnen der Vorliegende des Ausschusses, der die Vorlage bereits raten hat, der Zentralausgewählte Volk, mit einem Knackdruck vorgehalten und im übrigen sachlich nachgewiesen, daß die Anträge und Forderungen der Redner unannehmbar seien mit der Finanzlage des Reiches. Die Aussprüche, welche mehrere Stunden dauerte, endete schließlich mit der Annahme der Vorlage in der Fassung des Ausschusses. Auch das Kapitalantrags-Entschädigungsgesetz wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen, schließlich auch das Vermögensverleihenungsgesetz. Dann wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Dienstag vertagt.

Das Betriebsrätegesetz.

WTB. Berlin, 19. Aug. (Drabth.) Der Reichstag stimmte dem Gesetzentwurf über Betriebsräte im wesentlichen zu. Die Regierung hat dem Reichstag, daß der Entwurf wenigstens noch in erster Lesung vor der Nationalversammlung vorzubringen

wird, so daß der Ausschuss während der Pause bis zum Wiederauftritt der Vorberatungen erledigen kann. Ob es sich ermöglichen lassen wird, diesen Geleß bis zum Oktober zu beenden, steht dahin. Bei der Geschäftsbilddigkeit des Hauses wird es, wie der „W. Ztg.“ aus Weimar berichtet wird, kaum möglich sein, ein irgendwo verhandlungsfähiges Haus über Mitwohn zusammenzusetzen. Andererseits wird die Opposition vorwiegend aus dem ersten Geleß zu verbünden, falls diese ihrer Forderungen unberücksichtigt bleiben sollen.

Neue Vorträge.

W. B. Weimar, 19. Aug. (Draht.) Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag, der in zehn Abschnitten zerfällt, nach erfolgter Zustimmung des Reichsrats zur Bewilligung vorgelegt worden.

W. B. Weimar, 19. Aug. (Draht.) Der Nationalversammlung ist der Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Geleß über die Regelung der Rohleerwirtschaft vom 23. Mai 1919 zugegangen.

Zur Lösung der Alkoholfrage.

Aus Kreisbindnis-Kreisen wird uns geschrieben:

Der in Nr. 189 unter dieser Ueberschrift erschienene Artikel geht von der zweifellos richtigen Tatsache des außerordentlich starken Rückganges des Alkoholismus während des Krieges aus. Auch folgendem Sage muß jeder vernünftige Mensch zustimmen. Da mit dem vollständigen Eintreten gesell. Verhältnisse auch die Ursachen fortfallen müssen, die zur Abnahme des Alkoholismus geführt haben, so ist zu erwarten, daß ohne Gegenmaßnahmen die früheren schweren Beschädigungen der Volksgesundheit wieder auftreten. Sehr selbstverleugend ist es, wenn man im folgenden Satz erfährt, was der Verfasser unter „Gegenmaßnahmen“ versteht. Er meint nämlich, daß man, da „das haupfsächlichste und weitverbreitetste alkoholische Getränk in den meisten Teilen Deutschlands das Bier“ sei, dieser Vordrücke alle Gemohnheit des Biertrinkens entgegenkommen müsse, „wenn man Erfolg haben“ wolle. Gewiß wäre es als das kleinere Übel zu begriffen, wenn das angeblich „praktisch alkoholfreie“ (?) Kriegsbier auch im Frieden beibehalten werden könnte; gewiß wäre der Alkoholismus aus der Welt geschafft, wenn es keine anderen alkoholischen Getränke gäbe, als dieses Bier, oder wenn alle Menschen sich damit begnügen wollten. Aber man braucht nur die verächtlichen Herzerungen der Biertrinker über dieses Getränk und die Neuherungen der Sehnstlichen, daß wieder mal einen „anfälligen Tropfen“ trinken zu können, geführt zu haben, um sich in dieser Hinsicht keinen Illusionen hinzugeben. Und das auch jetzt, trotz des Kriegsbieres, der Alkoholismus nicht weniger als befechtigt gelten kann, ist jedem vorurteilsfreien Beobachter unserer wackeligen Zustände klar. Wer es noch nicht glauben will, lese einmal die letzten Hefte der „Mittelschicht-Blätter“ (Organ des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke) oder auch die treffliche Vortrags-Flugschrift „Der Alkohol im Weltkrieg“ von Prof. Dr. Dönitzsch (W. B. Weimar, Vortrags-Verlag, Hamburg, — Preis 60 Pfg.). Daß die feuren Preise den Gewinn von Roggen und Schnaps hinreichend einbringen würden, ist eine ganz unbegründete Hoffnung. Ich selbst war noch ganz kürzlich in einer einjamen Wirtschaft auf dem Lande, wo zwei Männer, die übrigens durchaus nicht den Eindruck von Trinkern machten, eine Flasche Kriegsbier nach der andern leerten, dazwischen aber jedesmal einen Schnaps genossen, offenbar, um im Bier fehlenden Alkohol zu ersetzen. Doch die Preise dafür keine Rolle spielen, ergibt sich daraus, daß die beiden offenbar nicht gerade im glänzenden Verhältnisse lebenden Männer über eine war preiswürdiger Poltsch, der andere Privatfortbeweiser) nach ganz kurzer Zeit für Getränke und Tabak fast 20 Mk. zu bezahlen hatten. Keim, selbst wenn es möglich wäre, das Kriegsbier beizubehalten, eine Lösung der Alkoholfrage, das heißt doch wohl: eine Beseitigung des Alkoholismus, ist ebensowenig, wie überhaupt eine wirkliche Erneuerung unseres Volkes und der Menschheit von einem bloßen „den-Gemohnheiten entgegenkommen“ zu erwarten, sondern nur von einem bewußten scharfen Gegenstoß gegen die falschen Anschauungen und Bestrebungen, die den Lebensstand unserer Zeit zugrunde liegen. Aufklärung über Wertlosigkeit und Gefährlichkeit der alkoholischen Getränke, Empfehlung und Beispiel völliger Enthaltensamerkeit von solchen Getränken in weiten Kreisen des Volkes, besonders aber von weiseren einflussreicher, zur Volksziehung befähigter Kreise, das sind die Mittel, unseren Gemohnheiten und Trinksitten — nicht entgegenzu- und sie zu bekämpfen, und diese Gemohnheiten sind es gerade, die den Alkoholismus erhalten und befördern. Ihre Beseitigung sowie Erziehung des Willens sind es, was not tut, „Entgegenkommen“ und selbes Mitläufen sind nur Hindernisse.

Der Hauptgedanke des Artikels in Nr. 189 scheint übrigens zu sein, das Kriegsbier als durch- aus harmlos hinzustellen, so daß auch Alkoholgegner, ohne ihren Grundgedanken etwas zu verlieren, es genießen könnten. Demgegenüber möchte ich feststellen: Ein überaus großer Anteil der Alkoholgegner wird auch dieses Kriegsbier als Progenze, also praktisch giftig betrachten. (7) Hier jedenfalls solange nicht, als die Alkoholgegner es noch nicht verstanden, nämlich alkoholfrei, d. h. es nicht ver- schoren Getränke vorziehen, sei es wegen der Ver-

bindung, die zwischen Bier und Alkohol besteht. Wer aber wirklich zur Lösung der Alkoholfrage beitragen will, der beachte einen Erlaß des vormaligen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Saenisch, der sich zwar zunächst auf die Erziehung der Jugend bezieht, aber auch weitere Bedeutung hat. Wie man sich auch sonst zu den Anschauungen Saenisch stellen mag, dieser Erlaß kann nur den Beifall aller Entschlossenen und Freunde des Volkes finden. Besondere Erwähnung ist der Erlaß von der Tagesordnung folgendem worden: wir bitten die Hlbg. Volksräte, dem- inge, ihn hierunter abzuzeichnen. Bemerkenswert ist dazu, daß von den 7 in dem Erlaß angedeuteten alkoholgegnerischen Organisationen 6 den Kampf gegen den Alkoholismus auf Grund völliger Enthaltensamerkeit von geistigen Getränken führen. Nur der „Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ nimmt auch Nichtabstinenten als Mitglieder auf; aber die Führer des Vereins sind wohl sämtlich abstinent, und die Literatur des Vereins unterscheidet sich in der Veranschaulichung der Abstinenten, namentlich in der Forderung der Abstinenz für alle Jugendlichen, in nichts von der Literatur der anderen Organisationen.

Bedeutsamer Erlaß von Minister Saenisch.
Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat am 25. Juli d. J. folgenden Erlaß an die Regierungen und Provinzialverwaltungen, an die Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten gerichtet:
Für die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs ist von Vereinen, die in diesem Kampfe in vorderster Linie stehen, meine Unterstützung nachgesucht worden.

Schon wiederholt hat die Unterrichtsverwaltung die ihr nachgeordneten Behörden und die ihr unterstellten Schulen auf diese für das Volkswohl aberaus bedeutsame Aufgabe hingewiesen; handelt es sich dabei doch um die Erhaltung ungeborener Werte auf gesundheitsgemäß, sittlich und wirtschaftlich Gebiet. Demgemäß ist auch in der Jugendpflege von Anfang an darauf Bedacht genommen worden, die heranwachsende Jugend vor der Verführung des Alkohols zu bewahren, sie dazu mit dem erforderlichen Wissen auszurüsten und ihre innere Widerstandskraft zu festigen.

Noch wachsen wird die Bedeutung der Aufgabe schon in nächster Zeit, wo alle, die unser Volk lieb haben, mit vereinter Kraft darangehen müssen, für seine Weiderrückentwicklung aus dem gegenwärtigen Zusammenbruch neue tragfähige Grundlagen zu schaffen. Unerlässliche Voraussetzung hierfür ist die gesundheitsliche, geistige und sittliche Erneuerung unseres Volkes. Umgestrichen der Gefahren, welche diesem Werke aus dem Mißbrauch des Alkohols drohen, wird die Unterrichtsverwaltung auch weiterhin alle Erfolge vorübergehenden Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Feindes ausdrücklich zu unterstützen haben. Die Regierung, das Provinzialschulkollegium sowie die Herren Regierungspräsidenten ersuche ich, die Schulen und Jugendpflegeorganisationen zur Mitarbeit in dieser für eine gedeihliche Entwicklung des Jugend-, Familien- und gesamtvolklichen so wichtigen Angelegenheit in geeigneter selbständiger Weise anzuregen. Auch wird dafür zu sorgen sein, daß Jugendpflegern und Lehrern, welche für neben der Ausübung ihres Berufes für diese höchst wichtige Arbeit zur Verfügung stellen, jede nur mögliche Erleichterung und Förderung zuteil wird. Diese Förderung ist namentlich auch solchen Lehrern zugewenden, die in alkoholgegnerischen Organisationen, soweit sie sich mit Jugendarbeit befassen, tätig sind. Als solche sind mir von de- achenswürdigster Seite die folgenden genannt worden, die in alphabetischer Reihenfolge angeführt werden:

1. Deutscher Hauptverein vom Blauen Kreuz Gesellschaftliche Barmer-Küstershausen, Oberwallstr. 62/64;
 2. Deutscher Verein abstinenten Lehrerinnen (Vorhänge Wilhelmine Lohmann in Bielefeld, Rooststraße 5);
 3. Deutscher Verein enthaltsamer Lehrer (Vorhänge Rektor Danneberg in Aien, Kreisstraße 45);
 4. Deutscher Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke in Berlin-Dahlem, Werderstraße 16;
 5. GutsMuthsorden Deutschlands Großloge II in Hamburg 20, Zarnpenndstr. 122);
 6. Kreisbindnis, Verein abstinenten Katholiken (Geschäftsstelle Heibhausen 6, Werden a. d. Ruhr);
 7. Verein abstinenten Philologen deutscher Jange (Vorhänge Dr. Studentent Dr. Hartmann in Leipzig-Cobitz, Stallbaumstr. 14).
- Von einigen dieser Vereine wird Wert darauf gelegt, daß Lehrern, welche für alkoholgegnerische Arbeit besonders befähigt sind, durch Gewährung längeren Urlaubs die Möglichkeit gegeben wird, sich mit voller Kraft dieser Aufgabe zu widmen. Auch diesem Wunsch wird, soweit möglich, zu entsprechen sein.

Ueberschreibe dieses Erlasses für die Kreis- und Inspektoren, Amtsführer (Leiterinnen), Landräte sowie Bezirks- und Kreisjugendpfleger (-pflegerinnen) sind beigelegt.

Saenisch.

Oldenburg.
Das Birkenfelder Zentrum und die Lösungsbestrebungen.

Ueber die Stellung der Birkenfelder Zentrumspartei zur Republik Birkenfeld sind in der deutschen Presse, auch in der oldenburgischen, misverständliche Nachrichten erschienen, so daß es notwendig erscheint, die wirkliche Haltung der Birkenfelder Zentrumspartei klarzulegen. Die Birkenfelder Zentrumspartei hat von jeher die Art der Bildung der Republik mißbilligt und keine

Mitglieder im Landesauschuss haben, wie alle Landesauschussmitglieder, die neue Regierung nicht anerkannt. Die Zentrumspartei will die gesetzliche Lösung von Oldenburg und seine Angliederung an seine natürliche Umgebung. Zwei Mitglieder des Birkenfelder Zentrums befinden sich in der Kommission, die jetzt in Oldenburg die Lösung auf gesetzlichem Wege einleitet. Im einzelnen ist folgendes festzustellen: Die Zentrumspartei der Provinz Birkenfeld hielt am 13. Juli (D. V. 22. 7. 19) in Türksmühle eine Vertrauensmännerversammlung ab. Der 4. Punkt der Tagesordnung betraf die Zukunftsfragen Birkenfelds. Zu diesem Punkt wurde von der Darstellung und von allen Vertrauensleuten der Partei ausdrücklich betont, daß Birkenfeld nur auf gesetzlichem Wege von Oldenburg losgetrennt und an seine natürliche Umgebung Rheinland angegeschlossen werden könne. Während der Sitzung wurde bekannt, daß gleichzeitig mit dieser Zentrumsversammlung in Birkenfeld-Neubrück eine Versammlung sage, welche beschlossen habe, die Republik Birkenfeld am folgenden Tage auszurufen. Die Zentrumsversammlung in Türksmühle sahte darauf folgenden einstimmigen Beschluß:

Wir mißbilligen das Vorgehen dieser Herren und halten nur den Landesauschuss, die Landtagsabgeordneten als gewählte Vertreter des Volkes und die Regierung für befugt, die Lösung Birkenfelds von Oldenburg und seine Angliederung an seine natürliche Umgebung (Rheinland), und zwar auf gesetzlichem Wege herbeizuführen. Die Parteilosung wird beantragt, sofort nach Ausrufung der Republik folgende Stellung zu nehmen: Von einer Angliederung an das Saargebiet ist in der Zentrumsversammlung mit keinem Worte die Rede gewesen. Der vorstehende Beschluß zeigt, daß die Stellung des Birkenfelder Zentrums loyal ist. Agitation für Angliederung an das Saargebiet ist weder vom Zentrum, noch von der katolischen Geistlichkeit betrieben worden. Dies zur Klarstellung, besonders auch gegenüber der Erklärung des oldenburgischen Staatsministeriums vom 18. Juli 1919.

Aus dem Oldenburg, Münsterland
Westfa, 20. August.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Münster fallen wegen Schienenmangels vom 20. August ab a. folgende Züge aus: D. 95 Wannab ab 3.34, Altona an 10.57 Uhr nachm.; D. 100 Altona ab 3.40, Wannab an 10.11 Uhr nachm.; E. 68 Hamm ab 3.02, Münster an 3.34 Uhr nachm.; E. 72 Münster ab 9.20, Hamm an 9.56 Uhr nachm.; Pj. 679 W. Münster ab 2.10, Hamm an 2.54 Uhr nachm.; Pj. 690 W. Hamm ab 4.25, Münster an 5.25 Uhr nachm.; Pj. 690 W. Osnabrück ab 2.02, Dissen-Rothensfelde an 3.09 Uhr nachm.; Pj. 612 W. Dissen-Rothensfelde ab 3.24, Osnabrück an 4.19 Uhr nachm.; Pj. 531 W. Osnabrück ab 12.04, Löhne an 1.18 Uhr nachm.; Pj. 824 Löhne ab 4.47, Osnabrück an 6.05 Uhr nachm.

Die Dinklage, 18. Aug. Die Spielmannschaften des Turnvereins Dinklage errangen gestern in Cloppenburg im entscheidenden Faustballspiel die Meisterschaft Südboldenburgs gegen den Turnverein Sage mit 42:26 Punkten; ferner die Meisterschaft im Eilbollenlauf 6 x 100 Meter gegen die Vereine Cloppenburg, Sage und Westfa mit 85 Sekunden. Im Einzelwettkampf, 100-Meter-Schnelllauf, um die Meisterschaft Südboldenburgs, siegte als erster Ferdinand Finkisch-Dinklage mit 12.40 Sekunden; zweiter wurde Ant. Schnieders-Dinklage mit 13 Sekunden. Zur Hebung der Turnfrage ist es dem Verein sehr erwünscht, daß sich weitere Kreise an der genannten Turnereifassung beteiligen. Wie auf der letzten Vereinsversammlung beschlossen wurde, können sich feste Spiel- und Sportmannschaften zusammenstellen, ohne gezwungen zu sein, sich zu nächst am Gerätearten zu beteiligen. Nähere Auskunft wird bereitwillig von dem Vorstand und der Vorstanderversammlung des Vereins erteilt. Gut Heil!

1. Cloppenburg, 19. Aug. Das Ergebnis der Ausschreibungsskämpfe innerhalb des Turnverbandes Südboldenburg für den Kreislauf in Oldenburg war folgendes: Eilbollenlauf: Dinklage 85 Sekunden, Sage 86 Sek., Westfa 87 Sek., Cloppenburg 88 Sek.; Kugelstoßen: Sage 10.70 Meter, Brünning-Cloppenburg 9.85 Meter; Faustballspiel: Dinklage siegte mit 42 Punkten gegen Sage mit 26 Punkten; 100-Meter-Schnelllauf: Finkisch-Dinklage 12.40 Sekunden, Pargmann-Sage 13 Sekunden, Schnieders-Dinklage 13 Sek.; Stabhochsprünge: Brünning-Cloppenburg und Kulefa-Cloppenburg. Aus den Spielen der Ballspiele ging Sage mit 2 Punkten gegen Dinklage mit 1 Punkt als Sieger hervor.

Cloppenburg, 17. Aug. Mit Rücksicht auf die Entertearbeiten und aus sonstigen technischen Gründen hat das Kartell der christlichen Gewerkschaften Cloppenburg beschlossen, das erste Gewerkschaftsfest nicht am 24. August d. Js., sondern am Sonntag, dem 23. September abzuhalten.

Aus der Residenz und dem Norden.
Oldenburg, 20. August.

Nach Amerika verkauft sind die beiden prächtigen Königsstier und der große Löwe in Wages Tierpark. Sie kosten zusammen 18 000 Mark und treten bereits in der nächsten Woche ihre Reise nach Newyork an.
(-) Stilllegung des Wiesmoorer Werks? Wie die R.-E.-Ztg. aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, best man die Veräußerung, daß durch die Klopennot das Wiesmoorer Elektrizitätswerk gezwungen werde, den Betrieb stillzulegen.
(-) In den Verhandlungen des evangelischen Kirchenrates in Oldenburg werden Präsident Dr. Finkisch, Kirchenrat Dr. Diekmann und

Ges. Oberfinanzrat Gramberg als Vertreter der oldenburgischen Landeskirche bzw. der Landesynode teilnehmen.

Briefkasten.

An: Mehrere Dienstboten, Zuhilfen, auch solche, die unter Stimmen erscheinen sollen, müssen mit Namensunterschrift eingeklebt werden, damit wir wissen, wer der Verfasser ist. Wenn der Name in der Zeitung nicht mit veröffentlicht werden soll, so ist das zu bemerken.

Letzte Nachrichten

Außerordentliche Sitzung des oldenburgischen Landtags.

Oldenburg, 19. Aug. (Eigener Draht.) Der Landtag trat heute morgen 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Die neu erschienenen Mitglieder Leffers, Kraatz und Schönig wurden vom Präsidenten begrüßt. Beschlossen wurde, außer den beiden auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen einen weiteren Gegenstand zu beraten. Zur Vorbereitung des Entwurfs der Geschäftsordnung soll vom Landtag eine Wahlgewählte Kommission gebildet werden. Die Wahl soll in der nächsten Sitzung erfolgen. An die öffentliche Sitzung schloß sich eine interfraktionelle Sitzung, die bis 2 Uhr dauerte. Morgen früh werden die interfraktionellen Sitzungen fortgesetzt. Ueber die Dauer der Tagung ist noch kein Beschluß gefaßt.

Die Entente fordert den Rücktritt Erzherzog Joseph.

Wien, 19. Aug. (Draht.) In Entente-Kreisen wird darauf hingewiesen, daß nur der Rücktritt des Erzherzogs Joseph von der Regierung eine gedeihliche Lösung der ungarischen Frage ermöglichen werde. Ein gewaltsames Eingreifen gegen Erzherzog Joseph hält die Entente allerdings nicht für angängig, da sie auf dem Standpunkt steht, sich in die Angelegenheiten Ungarns nicht einzumischen. Sie werde daher nicht mit der Wiederherabgung der Blockade gegen Ungarn vorgehen. Andererseits verlange jedoch die Entente eine beratende Regierung, durch welche der Wille der ganzen Nation zum Ausdruck gebracht werde, also eine Vertretung der Sozialdemokraten in der Regierung, welche hierzu durch die Haltung ihrer Partei ausdrücklich legitimiert erscheinen. So lange ein derartiges Kabinett in Ungarn nicht eingesetzt werde, werden die Rumänen die Befestigung nicht aufheben. Man glaubt, daß, wenn Erzherzog Joseph sich zum Rücktritt bereit finden sollte, ein aus drei Mitgliedern bestehender Staatsrat die Regierung übernehmen werde. Dieser Staatsrat hätte Johann die Aufgabe, die Regierung zu bilden.

Ein Grünbuch der persischen Regierung.

TU Genf, 19. Aug. (Draht.) Wie aus Paris gemeldet wird, veröffentlicht die persische Regierung soeben ein Grünbuch mit Dokumenten aus der Zeit vom 1. Aug. 1914 u. dem 22. März 1915, die den Verleß der persischen auswärtigen Amtes mit seinen Vertretern im Ausland und den inländischen Agenten betreffen. Der Zweck der Veröffentlichung ist, das Ausland davon in Kenntnis zu setzen, wie Persien während des Krieges seine Neutralität wahrte, was es am 1. November 1914 erklärt hatte.

Ueberreichung des österreichischen Friedensvertrages am Freitag.

TU Wien, 19. Aug. (Draht.) Wie der TU berichtet wird, wird der endgültige Entwurf des Friedensvertrages mit Deutsch-Österreich am kommenden Freitag der deutsch-österreichischen Delegation in St. Germain überreicht werden.

Franzosen in der Rheinpfalz.

TU Ludwigshafen, 19. Aug. (Draht.) In der ganzen Rheinpfalz herrscht größte Erbitterung über den riesigen Zustrom von französischen Zivilisten, die sich teilweise herausfordern benehmen, was zu wiederholten Zwischenfällen führte. Die Lage ist zwischen der einheimischen Bevölkerung und der französischen so gespannt, daß zahlreiche Angriffe auf französische Soldaten erfolgten.

Lloyd George über die Lage.

TU Aus dem Haag, 19. Aug. (Draht.) Lloyd George gab in seiner Programmrede im Unterhaus einen Ueberblick über die Lage. Er führte u. a. aus: Von Heer und Flotte sind 9 600 000 Mann demobilisiert. Die Zahl der Soldaten ist auf 7800 Millionen Pfund Sterling gesunken. Ein Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern soll in hohem Maße gesichert werden. Eine Verstaatlichung der Bergwerke kann die Regierung nicht befördern.

Deutscherisch-Ungarn und der Balkan.

TU Bafel, 19. Aug. (Draht.) Nach dem „Secolo“ erklärte der englische Minister des Auswärtigen Balfour einem Balkanpolitiker, entfremdet sei er damit einverstanden, mit Österreich-Ungarn eine wirtschaftliche Union einzugehen, oder wir werden uns damit befassen, in dieser oder jener Art die Donaumonarchie wieder aufzubauen. Verantwortlicher Schriftsteller: G. Thole, Buchh. Druck und Verlag: Buchh. Drucker und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Berleger), Westfa.

Zwei komplette zweifelhäufige

Betten

(allerbestes Material u. gute Füllung, ganz neu) für den Spottpreis von 600 Mark per St. zu verkaufen. W. Berndmeyer, Wisbeck.

Achtung! Haare.

Kaufe ständig jeden Posten ausgefärbter Frauenhaare, sowie Anfertigung aus selbigem Haare von Zöpfen, Perücken, Unterlagen und Haarletzen zu nächsten Preisen.

Friseur Hubert, Lüsche, Dinklage-Neustadt 24.

Wannen, Fästermannen, Brotkörbe empfiehlt

Schwe, Cloppenburg, Bahnhofstr. Telefon 237

Nationalkaffe,

gut erhalten, passend für jedes Ladengeschäft, zu kaufen gesucht.

Schlachterm. C. Ahrens, Kiltringen i. D., Peterstraße 92.

Fingel u. Fröhobst

kauft zu hohen Preisen

D. Borchers, Vechta.

Einen wenig gebrauchten 10 bis 12 P.S.

Benzol-Motor

hat sofort abzugeben.

H. Bedermann, Mechanische Tischlerei, Cappeln i. D.

Brennholz

oder Holzart kauft zu hohen Preisen, übernehme auch ganze Holzbestände. Zahlreiche Preise.

Heinr. Tepe, Dinklage Telefon 48.

Kaufe Schlacht-Pferde

zu höchsten Tagespreisen bei Mitteilung per Telefon komme sofort. Not-Abkündigung schnellste Erledigung.

W. Feierabend, Metzschlächtere mit elektr. Betrieb.

Osnabrück, Sommerdriesstraße Nr. 66 Telefon Nr. 616.

Übernehme Pferde-Verkäufungen auf Jahresabschluss.

W. Feierabend,

Metzschlächtere mit elektr. Betrieb.

Osnabrück, Sommerdriesstraße Nr. 66 Telefon Nr. 616.

Übernehme Pferde-Verkäufungen auf Jahresabschluss.

Wiederverkäufer:

Jagd-Patronen,

Kal. 16 und 12, rauchlos u. Schwarz-Pulver, jedes Quantum lieferbar.

Anton Kloppenburg, Greven.

Kaufe jeden Posten ausgefärbter

Frauenhaare

Dr. Schöne, Vechta.

Zur Herbstausaat empfehle

Spörgelsamen,

Herbit- oder Stoppelrübsamen.

Vechta u. Schneiderkrug. D. Schröder.

Sofort ab Lager lieferbar:

Bett-Inlets,

unirot, echt und federdicht,

wirklich gute Qualität, empfiehlt

Dinklage. F. J. Bahlmann.

Kochherde,

weiß und schwarz emailliert, mit großer Holz- und Leisteuerung,

Oefen, emailliert und schwarz, reich bemalt, amerik. und irisch, Elypten

Kesselöfen, roh und emailliert, in allen Größen,

Waschmaschinen,

Räucherschrank,

Dezimalwagen u. Gewichte

Weisse, eiserne Bettstellen

für Erwachsene u. Kinder empfiehlt in großer Auswahl

Vechta. Heinr. Krümpelbeck,

gegenüber der Kirche.

Junger, tüchtiger

Auflerbeschmied- und

Klempner gesucht

Josorf gesucht nach Nord- wald b. Münster. Kost und Logis im Hause des

Messlers. [489]

Handarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

Jüngeres

Mädchen

für Haushalt und Geschäft (Spiel- u. Schmuckwaren)

für die Reise gesucht. [492]

Handarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

Wegen Verheiratung

meiner Tochter auf sofort

eine

Mädchen

gesucht für einen kleineren

Geschäftshaushalt.

Frau Jof. Witte Wm. Cloppenburg.

Am Stoppelmartinstag

zwischen 6-8 Uhr

auf dem Stoppelmart

einen

Schirm

verloren. Der Finder wird

gebeten, ihn gegen Be-

lohnung abzugeben in der

Geschäftsstelle d. Blattes.

Auf dem Stoppelmart

eine

Demensur gefunden.

Wegen Erstattung der An-

kosten abgehoben bei

Jof. Wanne, Feldhaus

bei Goldenstedt.

Jagdkündigung.

Hiermit kündigen wir

jedem nicht in unserer

Bauerhofschaft wohnenden

Jäger auf unsere Grund-

stücken die Jagd.

Bonventern, 18. 8. 1919.

Jeller Harting,

Heinr. Meyer,

Heinr. Wanne,

Joh. Wisse,

Joh. Rothof,

H. Dammann,

G. Pundjak,

B. Westerschoff.

15000 Mark

(auf Grundschuld, 1 Hypothek)

zu leihen gesucht.

Angeb. unter B. R. 99

an die Geschäftsst. d. Bl.

Theater in Goldenstedt.

Sonntag, den 24. Aug., abends 8 Uhr im Saale der Frau Hinners Gastspiel der Norddeutschen Schauspiel-Gesellschaft. Direction: Gustav Lundt-Widom.

Die Liebe höret nimmer auf.

Auffspiel in 3 Akten von Michaelis.

Preise der Plätze: Sperrpl. 2.00 Mk., 1. Plat. 1.75 Mk. im Vorverkauf bis 6 Uhr abends. An der Abendkasse: Sperrpl. 2.50 Mk., 1. Plat. 2.00 Mk.

Nachmittags 4 Uhr: Große Kindererziehung.

Hänjel und Gretel

Dramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Preise der Plätze: Sperrpl. 1.00 Mk., 1. Plat. 75 Pfg., 2. Plat. 50 Pfg.

Hagstedt. Wisbek.

Geflügel, Hühner, Enten- u. Kaninchen-Abnahme.

Am Donnerstag, dem 21. August, vormittags von 8-9 Uhr bei Wirt Thole, Hagstedt, von 10-12 Uhr bei Wirt Carl Wenning, Wisbek.

Astrup. Holtrup.

Nachmittags von 1-3 Uhr bei Wm. Wanne, Astrup, von 4-5 Uhr bei Wm. Wissing, Holtrup.

Zahlreiche hohe Preise.

Carl Grote.

Sofas

in großer Auswahl und Friedens-Qualität, liefert

äußerst billig

B. Klövekorn, Vechta,

Möbellager. Telefon 55.

Achtung Radfahrer!

Neue Laufdecken und

Luftschläuche

in- und Auslandsware sofort lieferbar.

Aug. Kamphaus, Fahrradhandlung,

Dinklage.

Schwefels. Ammoniak,

sowie Knochenmehl

ist am Lager vorrätig.

Dinklage. W. Wehebrink.

Jedermann kann sofort den ausführenden

Kraftwagenführerberuf

erlernen. - Verlangen Sie kostenlos Prospekt

von der

Automobilkranstalt Hugo Maye,

Halle a. S., Werfbergerstraße 95a.

Aufforderung.

Weil mir jetzt die Personen genügend bekannt

sind, die am 27. Mai in der Weide bei Barklage-

Höne ihre Kastrationstunt an meinem Stier voll-

zogen, haben mir innerhalb 14 Tagen Schadens-

ersatz zu leisten widrigenfalls ich sie sonst

gerichtlich belange.

Züchter Schumacher, Bünte b. Dinklage.

Auf zum

Mühler Schützenfest

am 24. u. 25. August.

Der Schützenverein.

Roggen-Abnahme

am Freitag, dem 22. d. Mts., auf Bahnhof

Hennentischen. Bestimmte Anmeldungen erbitte

sofort.

H. Thammann.

N.B. Bemerkte, daß die Überschrift der gezeigten

Anzeige verkehrt war, es findet am 22/8. nur

Roggenabnahme statt.

Frühkartoffeln

nehme am Donnerstag u. Freitag dieser Woche ab

Amberg. S. Gerdes.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern nachmittag 3 Uhr meinen innigst geliebten Mann, unsern guten, treusorgenden Vater, den Ehemann

Karl Ficker

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach längerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, wohl vorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel und öfters gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbsakramente im Alter von 53 Jahren. Wir bitten, der Seele des teuren Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Die trauernden Angehörigen.

Vechta, den 18. August 1919.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 22. August, morgens 10 Uhr, dem Krankenhaus statt.

Sollt jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 6 Uhr meinen lieben Mann, unsern guten, treusorgenden Vater, Schwiegervater und Großvater

Clemens Aug. Giese

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Derselbe starb nach kurzer mit Geduld ertragener Krankheit, wohl vorbereitet durch den öfteren Empfang der hl. Sterbsakramente im Alter von 61 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die trauernden Angehörigen.

Bühren 5. Schneidertug, Sendenhorst (Westfalen), den 18. August 1919.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 21. August in Bühren bei Schneidertug statt, wozu Verwandte, Freunde und Bekannte hiermit eingeladen werden.

Sollt jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Tochter, Schwöster und Schwägerin

Anna Johanna Osterloh

nach längerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, öfters gestärkt durch die heiligen Sterbsakramente im 21. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Dieses zeigen tiefbetrübt an mit der Bitte um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Salter, den 18. August 1919.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 22. August, morgens 9 Uhr in Wisbek.